

Wolfgang Tiefensee (Mitglied im Parteivorstand), Iris Gleicke (Sprecherin der LG Ost) sowie die SPD-Bundestagsabgeordneten Ernst Bahr, Klaus Uwe Benneter, Petra Bierwirth, Volker Blumentritt, Dr. Gerhard Botz, Dr. Peter Danckert, Detlef Dzembitzki, Rainer Fornahl, Wolfgang Gunkel, Hans-Joachim Hacker, Petra Heß, Stephan Hilsberg, Iris Hoffmann, Klaas Hübner, Ulrich Kasparick, Christian Kleiminger, Ernst Kranz, Angelika Krüger-Leißner, Dr. Uwe Küster, Dirk Manzewski, Markus Meckel, Petra Merkel, Marko Mühlstein, Detlef Müller, Mechthild Rawert, Steffen Reiche, Maik Reichel, Christel Riemann-Hanewinkel, Silvia Schmidt, Carsten Schneider, Swen Schulz, Rolf Schwanitz, Dr. Margrit Spielmann, Jörg-Otto Spiller, Dr. Ditmar Staffelt, Andreas Steppuhn, Dr. h.c. Wolfgang Thierse, Simone Viola, Jörg Vogelsänger, Dr. Marlies Volkmer, Andreas Weigel, Gunter Weißgerber, Andrea Wicklein, Engelbert Wistuba und Waltraud Wolff

Oktober 2008

Viel erreicht – viel zu tun!

Wir ostdeutschen Sozialdemokraten haben viel erreicht!

Ostdeutschland befindet sich auf einem guten wirtschaftlichen Entwicklungspfad. Der Aufholprozess hat im zweiten Jahrzehnt der deutschen Einheit wieder an Fahrt gewonnen. Seit 1990 ist in Ostdeutschland viel erreicht worden, die Perspektiven haben sich verbessert. Das ist vor allem das Verdienst der Menschen in Ostdeutschland. Sie können stolz sein auf ihre Leistungen. Es gibt aber auch noch viel zu tun. Wir Sozialdemokraten stellen uns der Aufgabe, die nach wie vor vorhandenen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zeitnah zu überwinden.

- **An der Forderung nach Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse halten wir ohne Wenn und Aber fest und bestehen auf gerechter Teilhabe. Dazu gehört auch ein einheitlicher Mindestlohn von 7,50 EUR als unterste Haltelinie in Ost und West. Ergänzende Sozialleistungen müssen die Ausnahme sein.**

- **Wir fordern konsequent gleiche Löhne für gleiche Arbeit in Ost und West. Die im Osten vielfach gezahlten Niedriglöhne konterkarieren den Aufholprozess und führen zur Abwanderung junger Fachkräfte. Auskömmliche, angemessene und damit gerechte Löhne sind auch die elementare Voraussetzung für das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme.**
- **Die Menschen in Ostdeutschland empfinden das ursprünglich nur für eine Übergangsphase gedachte geteilte Rentenrecht als ungerecht. Für uns gehört deshalb die Überwindung der unterschiedlichen Rentenberechnungssysteme zu den zentralen Fragen, die fast 20 Jahre nach der Deutschen Einheit einer politischen Lösung bedürfen. Wir setzen uns für eine Ausgestaltung des Rentenrechts ein, das in absehbarer Zeit Versicherte und Rentner unabhängig vom Wohn- oder Beschäftigungsort in Deutschland gleich behandelt.**
- **Auf Grund der nach wie vor doppelt so hohen Arbeitslosigkeit und längerer Verweildauer der betroffenen Menschen in Arbeitslosigkeit droht zukünftig gerade in Ostdeutschland Altersarmut. Wir fordern Maßnahmen, die diese Altersarmut verhindern.**
- **Um Ostdeutschland weiter voranzubringen und dauerhaft Wachstum und Beschäftigung zu ermöglichen, werden wir auch weiterhin in die Zukunft investieren und Prioritäten in nachhaltigen Bereichen setzen. Vorrang haben Bildung, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Innovation sowie eine gute Infrastruktur.**

Wir sind uns der vor uns liegenden Probleme sehr wohl bewusst. Anders als die Populisten von links und rechts beharren wir aber auf einer differenzierten Analyse und bestehen auf wirklicher Gerechtigkeit. Wir sind nicht bereit, die Erfolge klein zu reden, um aus der damit erzeugten politischen Stimmung billiges politisches Kapital zu schlagen. Und wir sind auch nicht bereit, die unleugbar fortbestehenden Defizite mit mehr oder minder schwungvollen Parolen zu verkleistern, um uns damit aus der Verantwortung zu stehlen. Dieser verbalen Spaltung unseres Landes stellen wir uns mit Argumenten und Taten entgegen.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen, insbesondere auch Hochqualifizierte und Leistungsträger, in Ostdeutschland bleiben können und hier gute Chancen für ihre Zukunft vorfinden. Und wir werden nicht zulassen, dass insbesondere Langzeitarbeitslose und sozial Schwächere von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt werden. Teilhabe und Aufstiegschancen dürfen nicht einzelnen privilegierten Bevölkerungsgruppen vorbehalten sein. Ein hohes Potenzial an gut ausgebildeten Arbeitskräften spielt bei Investitionsentscheidungen eine überragende Rolle. Bildung, Ausbildung und Qualifikation sind deshalb von zentraler Bedeutung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der ostdeutschen Länder und für die gerechte Teilhabe jedes Einzelnen am Erwerbsleben und am Wohlstand.

In den vergangenen Jahren haben Arbeitnehmer und Selbständige für einen spürbaren Aufschwung der ostdeutschen Wirtschaft gesorgt. Mit rd. 2,5 Prozent Wachstum pro Jahr zog die Wirtschaft kräftig an. Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland ist von 19 Prozent in 2005 auf aktuell 12,2 Prozent gesunken. Das bedeutet für zusätzlich rund 500.000 Menschen Arbeit und Perspektive. Das hohe Wachstum in der Industrie hat viel dazu beigetragen. Es liegt seit Jahren im zweistelligen Bereich. Wachstumskerne und neue industrielle Schwerpunkte sind die Motoren dieser Entwicklung. Die Automobilindustrie ist hierfür ein gutes Beispiel. Im vergangenen Jahr wurden an den ostdeutschen Standorten der Automobilindustrie 26,8 Prozent mehr Fahrzeuge produziert als noch 2006. Das entspricht mittlerweile 11,9 Prozent aller in Deutschland hergestellten Einheiten. Ostdeutschland ist damit nicht nur in Bereichen wie der Landwirtschaft und Werftenindustrie hochproduktiv, sondern wird auch zu einem wettbewerbsfähigen Standort in der Automobilindustrie. Zukunftsbranchen wie die Solarindustrie und Mikroelektronik haben sich etabliert und verfügen über ein hohes Wachstums- und Beschäftigungspotenzial. In vielen Regionen sind wirtschaftliche Zentren entstanden, die an die industriellen Traditionen Ostdeutschlands anknüpfen. Darüber hinaus hat sich eine leistungsstarke Hochschullandschaft entwickelt. Unser Ziel ist es, auf dieser Grundlage eine selbst tragende Wirtschaft zu gestalten, die sich im globalen Wettbewerb erfolgreich behaupten kann.

Gestärkt und gestützt wird der wirtschaftliche Aufschwung auch durch eine leistungsfähige Infrastruktur, die wir weiter ausbauen - das schließt auch

Forschungszentren und Hochschulen ein. Durch restaurierte Innenstädte, einen vielfach vorbildlichen Denkmalschutz und die Entwicklung zahlreicher touristischer Anziehungspunkte ist auch der Tourismus mittlerweile ein Wirtschaftsfaktor geworden, der erheblich zur Attraktivität Ostdeutschlands für Menschen aus aller Welt beiträgt. Gleichzeitig ist er eine gute Grundlage für Begegnungen zwischen Ost und West.

Dies sind Erfolge, auf die wir zu Recht und trotz aller Probleme im Osten stolz sein dürfen. Dazu hat maßgeblich die Politik der SPD beigetragen, die für die Entwicklung der ostdeutschen Länder seit nunmehr fast zehn Jahren Regierungsverantwortung im Bund trägt.

Die zentralen Elemente unserer Aufbau Ost-Politik bestehen insbesondere in:

- einer an den Potenzialen Ostdeutschlands orientierten Investitions- und Innovationspolitik mit besonderer Aufmerksamkeit auf die Förderung von Industrie und produktionsnahen Dienstleistungen, die dem Prinzip „Stärken stärken“ verpflichtet ist;
- einer Förderung der Arbeitnehmer durch Verbesserung ihrer Qualifikationen und der Durchsetzung ihrer Rechte;
- einer besonderen Förderung derjenigen, die als Langzeitarbeitslose, als Ältere oder als Berufseinsteiger besondere Schwierigkeiten haben, Arbeitsplätze zu finden;
- der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Bewältigung der vielfältigen Auswirkungen des demografischen Wandels, insbesondere für ländliche Regionen.

Ostdeutschland braucht deshalb auch weiterhin eine wirksame und umfassende Förderung. Die gesamtwirtschaftliche Leistung liegt erst bei rd. 70 Prozent der westdeutschen Länder. In etwa entsprechender Höhe liegen die gegenwärtigen durchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten in der ostdeutschen Wirtschaft. Wir werden unsere Politik für den Osten Deutschlands konsequent fortsetzen, eine leistungsfähige Wirtschaft mit gezielten Maßnahmen der Wachstumsförderung

unterstützen und dabei den Erhalt und die Förderung des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts verstärken.

Alle wirtschaftspolitischen Konzepte dürfen jedoch den Blick auf die wichtigste Triebkraft einer Gesellschaft nicht verstellen: die Perspektive auf einen materiellen und gesellschaftlichen Aufstieg jedes Einzelnen aus eigener Kraft. Dies setzt voraus, dass sich jeder Bürger auch aktiv einbringen kann. Untersuchungen weisen allerdings darauf hin, dass viele Ostdeutsche gerade mit Blick auf Gerechtigkeit und Durchlässigkeit in der Gesellschaft ein Defizit empfinden. Deshalb müssen Teilhabemöglichkeiten aller Menschen in Ostdeutschland noch stärker in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt werden. Wichtig sind insbesondere der Zugang zu guter Arbeit mit auskömmlichen Löhnen, Bildung und Qualifikation sowie eine verlässliche soziale Sicherung. So kann Vertrauen in die weitere Entwicklung gewonnen und die innere Einheit gestärkt werden.

Gute Zukunftsperspektiven und gerechte Teilhabe bilden das Rückgrat eines ostdeutschen Selbstbewusstseins, das sich nicht auf eine schmale Minderheit beschränkt, sondern eine breite Mehrheit beflügelt und in kraftvoller, auch gesamtdeutscher Solidarität mündet.

Anhang

Sechs Handlungsfelder sozialdemokratischer Politik für Ostdeutschland

Handlungsfeld 1:

20 Jahre friedliche Revolution

Begonnen hat das Eintreten für demokratische Verhältnisse in der DDR vor mehr als zwei Jahrzehnten. Kritische Teile der Bevölkerung, Bürgerrechtler, Umwelt- und Kirchengruppen haben sich für Veränderungen eingesetzt. Im August '89 haben auch ostdeutsche Sozialdemokraten mit ihrem Aufruf zur Gründung der SDP die kommunistische Herrschaft in ihren Grundfesten herausgefordert. Das war im Übrigen zu einem Zeitpunkt, als die Ost-CDU wie alle anderen Blockparteien noch der SED huldigten und den Mauerbau rechtfertigten, auch wenn sich heute niemand aus den Reihen der Union gern daran erinnert und erinnern lassen möchte.

Wir werden in gebührender Weise zur Würdigung der friedlichen Revolution beitragen. Wir werden dabei herausstellen, dass die friedliche Revolution der staatlichen Einheit vorausging und eine ihrer Voraussetzungen war. Sie gehört in den Kontext des Kampfes um Freiheit und Demokratie in den Nachbarländern der DDR, vor allem in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Wir werden dabei an die wesentlichen Stationen erinnern, insbesondere an:

- den 7. Mai 1989: Aufdeckung des Wahlbetruges bei den DDR-Kommunalwahlen;
- die Zeit von August bis Oktober 1989: Aufbruch der demokratischen Opposition;
- den 7. Oktober 1989: Gründung der SDP in der DDR in Schwante bei Berlin;
- den 9. Oktober: Tag der friedlichen Revolution;
- den 9. November: Mauerfall;
- und schließlich den 3. Oktober 1990: Tag der deutschen Einheit.

Die staatliche Einheit ist ein großartiger Erfolg, auf den wir Deutsche stolz sein können und der uns mit Dank erfüllt. Sie gelang auf friedliche Weise und im

Einvernehmen mit allen unseren Nachbarn. Damit ist sie in unserer langen Geschichte einzigartig. Entscheidende Grundlage für diese Entwicklung war die Entspannungspolitik des Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt in den 70er Jahren.

Wir sind die Partei der deutschen Einheit – ohne Blockparteivergangenheit, mit SDP-Gründung in Schwante, mit Regine Hildebrandt und Willy Brandt! Wir werden als Sozialdemokraten dafür sorgen, dass flächendeckend und an vielen authentischen Orten an die friedliche Revolution von 1989 erinnert wird.

Wir werden die in der DDR verfolgten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten würdigen und daran erinnern, dass sie nach der Zwangsvereinigung ihr Parteibuch nicht weggeworfen, sondern in schwerer Zeit die Fahne der Sozialdemokraten hochgehalten haben.

Wir haben uns entschieden für die Rehabilitierung der in der sowjetischen Besatzungszone / DDR politisch Verfolgten eingesetzt und unter der SPD-geführten Bundesregierung die Leistungen für SED-Opfer erhöht.

Wir lassen nicht nach in unserem Bemühen, die SED-Diktatur aufzuarbeiten, den Einsatz für Freiheit und Demokratie unter der Diktatur zu würdigen und so den antitotalitären Geist in unserer Gesellschaft weiter zu stärken.

Handlungsfeld 2:

Der Solidarpakt II - Eckpfeiler für den weiteren Aufholprozess

Die SPD ist politischer Garant für einen kontinuierlichen und langfristig angelegten Aufbau in den ostdeutschen Ländern. Seit die SPD Regierungsverantwortung im Bund trägt, ist die Politik für die ostdeutschen Länder langfristig angelegt worden. Die wichtigste gesetzliche Grundlage für die Fortsetzung des Aufbaus Ost ist der vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder durchgesetzte Solidarpakt II, mit dem sich der Bund zu Fördermitteln in Höhe von 156 Mrd. Euro bis ins Jahr 2019 verpflichtet hat.

Der Solidarpakt II ist ein wichtiger Eckpfeiler für den weiteren wirtschaftlichen Aufholprozess. So weisen einzelne regionale Wachstumszentren und große Teile der Industrie ein erkennbares Wachstums- und Beschäftigungspotenzial auf.

Die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung und die hart erarbeiteten Perspektiven dürfen in diesem Zusammenhang nicht darüber hinwegtäuschen, dass weite Teile Ostdeutschlands teilungsbedingt noch immer durch einen strukturellen Nachholbedarf gekennzeichnet sind und dass die ostdeutsche Wirtschaftskraft noch immer bei weitem nicht an die der westdeutschen Länder heranreicht.

Wer den Solidarpakt II in Frage stellt, gefährdet den Aufbau Ost. Der Solidarpakt II bleibt unangetastet!

Handlungsfeld 3:

Arbeit und Wirtschaft

Unser Eintreten für Freiheit und Einheit schließt die Gestaltung der inneren Einheit ein. Wir bestehen darauf, dass der staatlichen Einheit auch die soziale und wirtschaftliche Einheit folgt. Der Arbeitsmarkt ist trotz der in den vergangenen Jahren erzielten Fortschritte auch weiterhin das größte Problem und damit die wichtigste politische Herausforderung. Unser Ziel muss heißen: Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Dies kann nur mit einer wachsenden Wirtschaft erreicht werden. Wir setzen deshalb auf eine gezielte Wirtschaftsförderung und eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik.

Darüber hinaus sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen weiter zwingend erforderlich. Mit ihnen wird ein jährlicher Nachfrageschub von einer halben Million Vollarbeitsplätzen gesichert. Die Arbeitsmärkte in den ostdeutschen Ländern sind noch weit von einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage entfernt. Strukturelle Probleme herrschen vor und insbesondere Jugendliche, ältere Arbeitnehmer und solche mit geringen Qualifikationen treffen auf erhebliche Barrieren beim Zugang in ein selbstbestimmtes Arbeitsleben.

Gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu erhalten, ist für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine zentrale Frage. An ihr entscheidet sich letztlich, ob unsere Gesellschaft und unser Wirtschaftssystem als gerecht wahrgenommen werden. Daher ist die Angleichung der Löhne zwischen Ost- und Westdeutschland auch im Jahre 20 der deutschen Einheit weiterhin von herausgehobener Bedeutung.

In der Vergangenheit hat die Angleichung der Arbeitseinkommen zwischen Ost- und Westdeutschland große Fortschritte gemacht. Für Ende 2007 ermittelte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung auf der Basis der Analyse der Tarifverträge von 40 Branchen mit 1,8 Millionen Beschäftigten ein Ost-West-Niveau bei den Grundvergütungen von 95,2 Prozent. Allerdings ist das Tempo der Lohnangleichung in den vergangenen Jahren sehr gering gewesen. Große Unterschiede bestehen darüber hinaus noch bei den Sonderzahlungen, den Vermögenswirksamen Leistungen und dem Urlaubsgeld. Insbesondere sind aber die Arbeitszeiten im Osten immer noch deutlich höher als im Westen (gesamtwirtschaftliche tarifliche Arbeitszeit Ost: 38,8 Stunden, West: 37,4 Stunden). **Wir appellieren an die Tarifpartner, die zwischen West- und Ostdeutschland noch immer bestehenden Differenzen zügig zu überwinden.**

Aber: Während im Westen zwei Drittel der Arbeitnehmer der Tarifbindung unterliegen, sind es im Osten nur gut die Hälfte. Insbesondere in kleinbetrieblich strukturierten Dienstleistungs- und Handwerksbereichen herrschen tariflose Zustände. Hier sind häufig auch Billiglöhne anzutreffen. Wer auf Billiglöhne setzt, verspielt perspektivisch die Zukunftschancen Ostdeutschlands. Mit Billiglöhnen lassen sich keine Fachkräfte halten – mit Billiglöhnen gewinnt man keine Ansiedlungen im Bereich der Zukunftstechnologien.

Auch deshalb muss es eine Lohnuntergrenze geben, die nicht unterschritten werden darf. **Wir setzen uns daher für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 7,50 EUR ein.**

➤ **Kommunal-Kombi**

Wir setzen auf gezielte Maßnahmen im Sinne eines öffentlichen bzw. sozialen Arbeitsmarktes und schaffen hier mit dem Kommunal-Kombi zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeit für Langzeitarbeitslose. So werden in Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit längerfristige sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose im Bereich von Kommunen und gemeinwohlorientierten Unternehmen geschaffen.

Dazu erhalten die Arbeitgeber (Kommunen) vom Bund den „Kommunal-Kombi“ als Lohnkostenzuschuss. Die Zuwendungen werden als nicht rückzahlbare Zuschüsse zur Projektförderung gewährt.

Wir werden die Umsetzung des Kommunal-Kombi genau prüfen und das Programm weiterentwickeln. Wenn sich nach der Testphase herausstellen sollte, dass mit einer großzügigeren Bundesförderung ein noch breiterer Kreis an Langzeitarbeitslosen erreicht werden kann, muss dieses Programm angepasst werden.

➤ **Fachkräftemangel - Qualifizierungsinitiativen**

Trotz hoher Arbeitslosigkeit gibt es gerade in den ostdeutschen Ländern erste Anzeichen eines zunehmenden Fachkräftemangels. Eine ausreichende Versorgung mit Fachkräften ist aber eine entscheidende Voraussetzung für mehr Wachstum und damit für die Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Die Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitnehmern und Arbeitslosen werden daher immer wichtigere Schlüssel unserer Politik.

Wir begrüßen deshalb die Initiative der Bundesregierung vom März dieses Jahres, einen Ausbildungsbonus für Betriebe im Rahmen der Nationalen Qualifizierungsinitiative "Aufstieg durch Bildung" einzuführen. Hiermit werden Betriebe anerkannt, die zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen. Die in der Initiative vorgeschlagenen Maßnahmen sehen auch vor, die Kinderbetreuung zu verbessern, den Übergang von der Schule ins Studium zu erleichtern, mehr Aufmerksamkeit für Technik- und Naturwissenschaften zu erzielen und die Chancen von Frauen in der Wissenschaft zu erhöhen.

Der Ideenwettbewerb „Regionale Qualifizierungsinitiativen in Ostdeutschland“ und die Förderung der Familienfreundlichkeit von Hochschulen unterstützen diesen Prozess. Vier der ausgewählten Hochschulen liegen in Ostdeutschland.

➤ **Zukunftsbranchen**

Noch immer herrscht ein Mangel an größeren Unternehmenseinheiten und damit an Entscheidungszentralen und unternehmensbasierten Forschungszentren. „Verlängerte Werkbänke“ allein können für Ostdeutschland keine Option sein!

Entwickelte Volkswirtschaften zeichnen sich durch integrierte Strukturen aus. Dort arbeiten große und kleinere Unternehmen, Endproduzenten und Zulieferbetriebe sowie Forschungseinrichtungen und Hochschulen eng zusammen. Besonders wichtig ist ein höherwertiges Angebot an produktionsnahen Dienstleistungen, wie z.B. Forschung und Entwicklung, Management, Finanzierung, Auslandsmarktbearbeitung oder Logistik. Sie sind seit Jahren weltweit die wichtigsten Wachstumstreiber, in Ostdeutschland aber noch deutlich unterrepräsentiert.

Dieses Defizit in der Wirtschaftsstruktur ist ein Teil der Erklärung dafür, dass die ostdeutsche Wirtschaft trotz dynamischer Entwicklungen in der Industrie bislang nicht spürbar stärker wächst als die der alten Länder. Besonders bei neuen Technologien und neuen Märkten bestehen aber inzwischen gute Chancen, integrierte Wirtschaftsstrukturen mit hohen Einkommensmöglichkeiten zu erreichen. Ein interessantes Beispiel ist die Solarindustrie. Weltweit stammt bereits jede sechste produzierte Solarzelle aus den ostdeutschen Ländern, die damit zum international führenden Standort für Solartechnik aufgestiegen sind. Ostdeutschland hat das Potential, sich als Leitregion der Solarindustrie zu entwickeln. Als weitere aussichtsreiche Zukunftsfelder gelten nach einer Studie der Universität Rostock die Bereiche Gesundheitswirtschaft, Energie- und Umwelt- sowie Informations- und Kommunikationstechnologien, neue Werkstoffe, Biotechnologie und optische Technologien. Hierzu werden in diesem und im nächsten Jahr Zukunftskonferenzen durchgeführt. Die Entwicklung der Zukunftsfelder wird auch durch die Investorenanwerbung von ‚Invest in Germany‘ in Ostdeutschland unterstützt.

➤ **Gemeinschaftsaufgabe / Verlängerung I-Zulage**

Die Investitionsförderung ist ein zentraler Baustein der Förderung. Sie muss unbedingt fortgesetzt werden. Dazu muss die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA RW) auf mindestens dem derzeitigen Niveau erhalten werden. Die Investitionszulage als steuerliches Instrument der Investitionsförderung sollte über 2009 hinaus ebenfalls erhalten bleiben.

Handlungsfeld 4:

Bildung / Forschung / Innovation

Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht, das wir verwirklichen wollen. Gute Bildung ist zugleich die beste Investition in die Zukunft. Das Fundament dafür wird schon in der frühen Kindheit gelegt. Wir sind uns einig darin, dass mehr für die Qualität der Bildungsangebote in den Kitas und Schulen getan werden muss. Wir setzen uns deshalb für mehr Arbeitsplätze in den Kitas, eine bessere Qualifizierung und adäquate Bezahlung der Erzieher ein. Der Osten kann hier Vorreiter für den Westen werden: Sprachtests für Kinder ab 3 Jahren, Verbesserung der frühkindlichen Bildung, Ausweitung der Ganztagschule, Einrichtung von Eltern-Kind-Zentren, kostenfreies Essen in Kita und Schule: Das alles sind Aufgaben, denen wir uns gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern stellen wollen.

Die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft entscheidet mehr denn je über Erfolg und Wohlstand. Im Bereich Forschung und Innovation ist Ostdeutschland aber noch ein gutes Stück vom Niveau der westdeutschen Länder entfernt. Dabei ist erfreulich, dass insbesondere die Universitäten und Hochschulen in Ostdeutschland nach den strukturellen und personellen Umbrüchen seit Mitte der 90er Jahre eine hervorragende Dynamik bewiesen haben. Wie die Ergebnisse der Exzellenzinitiative gezeigt haben, benötigen sie aber noch weitere Unterstützung bei der noch nicht abgeschlossenen Profil- und Exzellenzbildung, um auch in der internationalen Wahrnehmung eine größere Rolle spielen zu können. Deshalb gilt es, die Chancen des Hochschulpaktes für die weitere Profilierung der ostdeutschen Hochschullandschaft zu nutzen.

Angesichts der vergleichsweise geringen privaten FuE-Tätigkeit ist eine starke Forschungsförderung gepaart mit verbesserten Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen und auch die Förderung von Risikokapital umso wichtiger. Wir brauchen auch eine intensivere Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Ebenso wichtig ist, die vielen jungen Talente, die im Osten ausgebildet werden, auch an die heimische Industrie zu binden.

Am Beispiel der regenerativen Energien ist abzulesen, dass innovative Produkte und Dienstleistungen auch zu wirtschaftlichen Erfolgen und damit zu einem Zuwachs von Arbeitsplätzen führen. Es ist daher wichtig, dass die erfolgreiche

Innovationsförderung der Bundesregierung stabil fortgeführt wird. Zugleich ist zu prüfen, ob durch zusätzliche Instrumente und Maßnahmen der Anteil der FuE betreibenden Unternehmen noch erhöht werden kann.

➤ **Stärkung von Forschung und Entwicklung (FuE)**

Die private unternehmerische FuE-Tätigkeit in Ostdeutschland ist vergleichsweise gering. Die Ursachen hierfür liegen vor allem in den strukturellen Rahmenbedingungen (u.a. geringe Industriedichte, Fehlen von Großunternehmen, dünne Besiedlung). Diese F&E-Schwäche könnte im Rahmen einer steuerlichen F&E-Förderung, die für Ostdeutschland eine deutliche Steuerpräferenz vorsieht, abgebaut werden. Alternativ könnte die bestehende direkte F&E-Förderung, die für Ostdeutschland Sonderkonditionen und Förderpräferenzen beinhaltet, weiter ausgebaut werden.

➤ **Prüfung der Grundfinanzierung von Forschungs-GmbHs**

Industriennahe Forschungseinrichtungen (auch gemeinnützige externe Forschungs-GmbHs genannt) sind eine ostdeutsche Spezialität. Meist hervorgegangen aus den Forschungsabteilungen von VEB'en leisten die mehr als 60 Einrichtungen bis heute wichtige Beiträge zur Stärkung der betrieblichen Innovationssysteme im Osten. Obwohl sie z. T. bei der Einwerbung von Drittmitteln mit FhG- Instituten mithalten können, haben sie aufgrund ihres Status der Gemeinnützigkeit Probleme bei der Finanzierung größerer Investitionen. Die Forschungs-GmbHs sollten deshalb gestärkt werden und neben der Projektförderung Zugang zu einer Investitionsförderung erhalten.

➤ **Forschungsprämie**

Mit der Forschungsprämie erhalten Universitäten und Forschungseinrichtungen für Aufträge aus der Wirtschaft zusätzlich 25 Prozent des Auftragsvolumens. Sie ist eine der zentralen Maßnahmen der Hightech-Strategie der Bundesregierung. Ziel der auch auf Druck der Landesgruppe Ost hin geänderten Forschungsprämie ist es, zusätzliche Potenziale für eine breite Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, insbesondere mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), zu mobilisieren. Für das bis Ende 2009 befristete Förderinstrument stehen rd. 100 Mio. EUR zur Verfügung. Die Forschungsprämie erhalten öffentliche Hochschulen sowie

Forschungseinrichtungen für FuE-Aufträge von Unternehmen. Die Forschungsprämie beträgt 25 Prozent des Auftragsvolumens, mit einer Prämienuntergrenze von 2.500 Euro und einer Prämienobergrenze von 100.000 Euro pro FuE-Auftrag.

Handlungsfeld 5:

Stadtumbau Ost - Energie / Ländliche Räume - Landwirtschaft

➤ **Stadtumbau Ost - Energie**

Drei Viertel aller ostdeutschen Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern sind in das Stadtumbauprogramm Ost einbezogen. Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen zum Rückbau leer stehender, dauerhaft nicht mehr benötigter Wohngebäude und Maßnahmen zur Aufwertung von Stadtquartieren. Der „Stadtumbau Ost“ ist ein erfolgreiches Programm zur Stärkung der ostdeutschen Städte und muss über 2009 hinaus fortgeführt werden.

Unsere Stadtentwicklungspolitik für Ostdeutschland steht außerdem im Zeichen des Klimaschutzes - Effizienzsteigerung in jedem einzelnen Gebäude durch bessere Wärmedämmung, effiziente Energieumwandlung, verstärkten Einsatz Erneuerbarer Energien! Dabei muss sichergestellt werden, dass angesichts steigender Energiepreise insbesondere die Mietshäuser energetisch saniert werden.

➤ **Modellvorhaben – Ländliche Räume - Landwirtschaft**

In vielen ländlichen Regionen bedarf es weiterer Förderung und eines Konzeptes, das die Fördermittel auch in diesen strukturschwachen Regionen auf Schwerpunkte und zentrale Orte konzentriert, um die Wachstums- und Beschäftigungsaussichten zu verbessern. Dazu gehören insbesondere auch die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgaben für Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) sowie regionale Wirtschaftsstruktur (GA RW), um die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen zur Entwicklung des ländlichen Raums optimal auszugestalten.

Diese Regionen sind durch die demografischen Entwicklungen – niedrige Geburtenraten, zunehmende Alterung und Abwanderung – besonders betroffen. Die zunehmende Alterung der Bevölkerung wird in den kommenden Jahren zu einem Mangel an Arbeitskräften führen. So wird die Zahl der Arbeitskräfte bis 2020 in Ostdeutschland um 16 Prozent sinken, während die alten Länder noch mit einer Zunahme um fünf Prozent rechnen können. Die Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen trägt außerdem zum Fachkräftemangel bei.

Das BMVBS hat 2007 das Projekt „Demografischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“ gestartet, in dessen Rahmen zusammen mit vielen Akteuren in den zwei ausgewählten Regionen Stettiner Haff und Südharz-Kyffhäuser exemplarisch erarbeitet werden soll, wie existenzsichernde Perspektiven, ein Erhalt der Lebensqualität und eine angemessene Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden des ländlichen Raums trotz tiefgreifender demografischer Entwicklungen gesichert werden können.

In einem Zeitraum von zwei Jahren (2007 bis 2009) werden in mehr als 40 Einzelprojekten, anknüpfend an die regionalen Stärken und Potenziale, konkrete innovative Ansätze in den Bereichen Ausbildung und Qualifizierung, wirtschaftliche Wertschöpfungsmöglichkeiten, Verkehrsinfrastruktur und Mobilität, medizinische Versorgung und Zusammenleben der Generationen entwickelt, die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Lebensbedingungen der Menschen in den Regionen verbessern helfen. In diesem Modellvorhaben werden erstmals die Programm- und Projektmöglichkeiten des BMVBS gebündelt eingesetzt. Von den Erfahrungen und Ergebnissen sollen durch Know-how-Transfer auch andere ländliche Regionen profitieren. Es ist ferner geplant, in zwei westdeutsche Modellregionen in das Projekt einzubinden.

Rund 700 eher ländliche Gemeinden – darunter viele in Ostdeutschland – verfügen derzeit über keine Breitbandversorgung und sind von modernen Informationstechnologien abgekoppelt. Für die dort lebenden Menschen und angesiedelten Unternehmen bedeutet die fehlende Breitbandanbindung einen gravierenden strukturellen Nachteil im Standortwettbewerb. Auch Neuansiedlungen werden dadurch erheblich erschwert. Der Breitband-Ausbau hat deshalb insbesondere für den weiteren Aufbau Ost eine hohe Bedeutung.

Die von Großbetrieben geprägte ostdeutsche Landwirtschaft gehört zu den herausragenden Erfolgen beim wirtschaftlichen Aufbau der ostdeutschen Länder, ihre landwirtschaftliche Produktionsbasis muss weiterhin gestärkt werden. Wir werden deshalb im Rahmen der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU sehr genau darauf achten, dass dieser Erfolg nicht gefährdet wird. Dies gilt besonders für die geplanten Kürzungen der Direktzahlungen zugunsten der regionalen Entwicklung. Wir lehnen eine größenabhängige Degression der Direktzahlungen genauso ab wie eine progressive Modulation, weil auf Grund der besonderen Betriebsgrößenstruktur der größte Teil der Kürzungen auf die Betriebe in den ostdeutschen Ländern entfallen würde. Die Entwicklung der ländlichen Räume würde in den strukturschwächsten Regionen in Frage gestellt werden.

Den ländlichen Regionen kommt besonders in Ostdeutschland mit seinen natürlichen Potenzialen und differenzierten Landschaften eine große Bedeutung als Lebens-, Wirtschafts- und Naturraum zu. Wir unterstützen diese Regionen mit einem integrierten Ansatz, der die Landwirtschaft als Erfolgs- und Zukunftsbranche stärkt und zugleich weitere Wertschöpfungsbereiche, wie z.B. Tourismus, erneuerbare Energien- und Umwelttechnologien fördert. Bei allen Entscheidungen ist stets zu berücksichtigen, dass die landwirtschaftlichen Großbetriebe in Ostdeutschland nicht allein Orte der Wertschöpfung, sondern zugleich Orte des sozialen Lebens in den Kommunen sind.

Handlungsfeld 6:

Sozialer Zusammenhalt

➤ **Familienpolitik - Kinderbetreuung**

Neben der Unterstützung junger Familien mit Kindern und der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist die Familienpolitik auch ein wichtiger Faktor für die Entwicklung der Regionen. Die Kinderbetreuung in den ostdeutschen Ländern ist besser als in den westdeutschen Ländern. Wir haben es geschafft, das nahezu flächendeckende Angebot an Kitas nach der Wende zu erhalten. Der Versorgungsgrad aller ostdeutschen Länder liegt weit über dem Bundesdurchschnitt.

Die Wohngelderhöhung wird Familien mit niedrigem Einkommen helfen, mit den stark gestiegenen Wohnkosten fertig zu werden: Mit der Umsetzung der Gesetzesnovelle

kann das Wohngeld für jetzige Empfänger um rund 60 Prozent erhöht werden. Wohngeldempfänger erhalten dann im Durchschnitt statt jetzt monatlich 90 zukünftig 142 Euro.

Hervorzuheben ist, dass die für den 1. Januar 2009 beschlossene Wohngelderhöhung um drei Monate vorgezogen wurde, um sozial Schwache schon jetzt von den höheren Energiekosten zu entlasten.

➤ **Rentenproblematik Ost / Alterssicherung**

Bei der Überleitung der ostdeutschen Renten in das System der Bundesrepublik Deutschland ist viel geleistet worden. Sehr viele Menschen in Ostdeutschland bekommen auf Grundlage der heutigen gesetzlichen Bestimmungen eine durchaus angemessene Rente und können davon in Würde leben. Die aktuelle Diskussion um die Rente in Ostdeutschland hat nicht nur mit parteipolitischen Profilierungssüchten insbesondere der Linkspartei und mit bloß vermeintlichen Benachteiligungen zu tun. Es gibt echte Risiken – gerade im Osten.

Viele Menschen wurden 1990 oder in den folgenden Jahren unverschuldet arbeitslos. Viele konnten dieses Schicksal nur vermeiden oder ihm wieder entrinnen, indem sie zu Niedriglöhnen arbeiteten. Viele wurden zudem von einer Arbeitsbeschaffungs- oder Umschulungsmaßnahme in die nächste und am Ende in die vorzeitige Rente geschickt. Gebrochene Erwerbsverläufe, Niedriglöhne und hohe Abschläge bei vorzeitiger Inanspruchnahme der Rente lassen bei einer wachsenden Zahl von künftigen Rentnerinnen und Rentnern sehr niedrige Alterseinkommen befürchten. Vielen Rentnern könnte ein Leben auf Sozialhilfeniveau drohen. Sie würden damit zu dauerhaften Verlierern der Einheit.

Für die Menschen im Osten gehört die Überwindung der unterschiedlichen Rentenwerte in Ost und West zu den zentralen Fragen, die fast 20 Jahre nach der Deutschen Einheit einer politischen Lösung bedürfen. 20 Jahre nach der Deutschen Einheit darf es für die Rentenhöhe keine Rolle mehr spielen, ob jemand im Osten aufgewachsen ist und gearbeitet hat oder im Westen.

Der Rentenwert Ost, der in einem angemessenen Zeitrahmen eine geordnete Angleichung der Renten im Osten an das West-Niveau gewährleisten sollte, hat sich im Laufe der Jahre zunehmend zu einem Hemmnis für die Entwicklung im Osten und die Herstellung annähernd gleicher Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands entwickelt. Er macht die Probleme, die sich dahinter verbergen, zu einer vermeintlich reinen Ostproblematik und verstellt damit den Blick auf die Notwendigkeit einer gesamtdeutschen Anstrengung zu deren Überwindung.

Armutsrisiken im Alter können gemindert werden, wenn langfristig auskömmliche Löhne bezahlt werden. Ein Schlüssel liegt in der Einführung von Mindestlöhnen. Darüber hinaus muss der Erwerb weiterer Rentenansprüche aus anderen Versorgungssystemen (Betriebsrenten, Riester-Rente) verstärkt werden.

Wir wollen eine Ausgestaltung des Rentenrechts, mit der in absehbarer Zeit die Versicherten und Rentner unabhängig von ihrem Beschäftigungs- oder Wohnort in Deutschland gleich behandelt werden. Rentenbezieher und Versicherte, die seit 20 Jahren in ein gemeinsames Rentensystem einzahlen, müssen eine konkrete Perspektive auf eine absehbare Gleichbehandlung erhalten.

➤ **Gesundheit / Pflege - Besondere Herausforderungen für Ostdeutschland**

Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem ist in den ostdeutschen Ländern entstanden, das bei Ausstattung und Qualität keine grundlegenden Unterschiede zwischen Ost und West erkennen lässt. Größere Probleme könnten allerdings hinsichtlich einer flächendeckenden Versorgung mit Ärzten auf uns zukommen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass es in Ostdeutschland überproportional viele ältere Menschen gibt, kommt der Sicherstellung einer verlässlichen medizinischen Versorgung eine besondere Bedeutung zu. Es bedarf großer gemeinsamer Anstrengungen, diese flächendeckende Versorgung zu gewährleisten. Besonders unsere älteren Menschen bedürfen einer verlässlichen medizinischen Versorgung und Zuwendung. Mit der Errichtung von Zweigpraxen, der Nutzung telemedizinischer Möglichkeiten und dem Einsatz arztunterstützender und –entlastender Dienste kann hier Vorsorge getroffen werden.

Neue Strukturen zur Bekämpfung der Versorgungsprobleme:

Seit dem 1. Januar 2004 nehmen Medizinische Versorgungszentren (MVZ) an der ambulanten Versorgung teil. Hier haben die ehemaligen ostdeutschen Polikliniken Pate gestanden. Gerade in unterversorgten Gebieten können MVZ dazu beitragen, Versorgungsengpässe abzumildern.

Bereits seit der Gesundheitsreform 2003 können in unterversorgten Regionen so genannte Sicherstellungszuschläge in Form von Zuschlägen zum ärztlichen Honorar gezahlt werden. Neu ist die Möglichkeit, dass zusätzlicher lokaler Versorgungsbedarf festgestellt werden kann, auch wenn noch keine Unterversorgung besteht.

Verbesserte Anstellungsmöglichkeiten für Ärzte sowie die Möglichkeit so genannter Teilzulassungen und Zweigpraxen können dazu beitragen, die Versorgungssituation vor Ort zu verbessern.

Zusätzlich sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, um Ärzte bei ihrer Arbeit zu entlasten. Der Einsatz der „hausarztunterstützenden Gemeindeschwester AGnES“ ist eine dieser Möglichkeiten. Durch die Übertragung ärztlicher Leistungen wie z.B. das Blutdruckmessen oder präventiver Aufgaben auf Krankenschwestern und Arzthelferinnen im Wohnbereich der Patienten kann der Hausarzt entlastet werden. Darüber hinaus wird in Modellprojekten erprobt, wie nichtärztliche Heilberufe besser in Versorgungskonzepten einbezogen werden können.

Die neue Honorarordnung – Zu- und Abschläge:

Mit der letzten Gesundheitsreform wurde die Reform der ärztlichen Honorierung ab 2009 beschlossen. Statt der bisherigen Vergütung mit einem schwer durchschaubaren Punktesystem wird eine „Euro-und-Cent-Gebührenordnung“ eingeführt. Damit wissen zukünftig die niedergelassenen Ärzte, was sie für welche Leistung erhalten können.

Das Krankheitsrisiko wird auf die Krankenkassen übertragen. Die für die vertragsärztliche Versorgung zur Verfügung stehende Gesamtvergütung soll sich zukünftig - anders als heute - an der Krankheitsstruktur der Versicherten orientieren. Das heißt, dass zukünftig mehr Geld dort zur Verfügung stehen wird, wo es mehr zu behandelnde Patienten gibt.

Die Honorarreform sieht zugleich eine Ost-West-Angleichung der Vergütungen vor. Die vorgesehene Finanzierung höherer Preise und größerer Leistungsmengen werden einen deutlichen Honorarzuwachs in den ostdeutschen Ländern ermöglichen.

Das neue Vergütungssystem sieht ab dem Jahr 2010 die Steuerung des ärztlichen Niederlassungsverhaltens über Preisanreize vor: Da Ärzte in unterversorgten Gebieten künftig höhere Vergütungen erhalten, haben sie einen Anreiz, sich dort niederzulassen. Umgekehrt sinkt der Anreiz, sich in überversorgten Gebieten niederzulassen, da die Ärzte dort niedrigere Vergütungen erhalten.

Pflegereform (Pflegestützpunkte, Altenzentren, Netzwerke):

Die Nachfrage nach Betreuungsleistungen für pflegebedürftige Menschen, besonders auch für Demenzkranke und/oder Behinderte, wird in Zukunft erheblich ansteigen. Dies gilt für den Osten mit einer wachsenden Zahl an alten Menschen in besonderem Maße. Wir begrüßen es, dass im Rahmen der Pflegereform die Leistungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen spürbar ausgebaut werden. Speziell mit Blick auf die ostdeutschen Länder ist hervorzuheben, dass die Pflegeberatung durch wohnortnahe Pflegestützpunkte organisiert wird. Damit werden Angehörige insbesondere von organisatorischen Lasten deutlich befreit. Erreicht werden soll dies durch ganzheitliche Versorgungsstrukturen und durch eine effiziente Vernetzung aller Angebote für Pflegebedürftige wie:

- der sozialen Pflegeversicherung,
- der privaten Pflegeversicherung,
- der Altenhilfe,
- der Sozialhilfe,
- der gesetzlichen Krankenversicherung und
- der privaten Krankenversicherung.

➤ **Goldener Plan Ost**

Wir fordern, das Sonderförderprogramm ‚Goldener Plan Ost‘ fortzusetzen. Es hilft, den Mangel an Sportstätten für den Breitensport in den ostdeutschen Ländern zu überwinden und eine Angleichung der Sportstätteninfrastruktur an die der alten

Länder zu fördern. Bis Ende des Jahres 2006 wurden mit dem Sonderförderprogramm mehr als 460 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von mehr als 330 Mio. Euro zur Förderung des Breitensports umgesetzt. Davon wurden 65 Mio. Euro Bundesmittel bereitgestellt.

Der Spitzensport ist in Ostdeutschland ebenfalls zuhause, ostdeutsche Sportler sind in der ganzen Welt bekannt, geachtet und respektiert, Ostdeutschland verfügt in zahlreichen Sportarten über viele großartige Talente, egal ob in der Leichtathletik, beim Fußball oder im Wintersport. Diese Tradition gilt es zu bewahren und auszubauen: Durch eine konsequente Förderung des Breitensports ebenso wie durch die gezielte Förderung des Spitzensports.

➤ **Aufarbeitung, Transparenz und Kampf gegen Doping**

Wir werden die Verstrickung des DDR-Sports in die Diktatur weiter aufarbeiten. Dazu zählt die Kollaboration von Funktionären, Trainern und Sportlern mit dem Ministerium für Staatssicherheit ebenso wie die Mitwirkung am staatlich organisierten und verabreichten Doping.

Leistungs- und Breitensport sind auf Fairness und Transparenz angewiesen. Eine staatliche Förderung von Sportarten und Verbänden ist davon abhängig zu machen, ob diese sich klar an die Anti-Doping-Regelungen des NADA-Codes halten.

➤ **Kampf gegen Rechtsextremismus**

Immer wieder hat es in der Bundesrepublik Erfolge rechtsextremistischer Gruppen oder Parteien gegeben, die in der Regel nach kurzer Zeit wieder von der politischen Bühne verschwanden. Die spektakulären Erfolge der NPD in Sachsen und das sich breit machen auf kommunaler Ebene insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern haben jedoch klar gemacht: Wir haben es mit einer neuen Dimension einer alten Bedrohung zu tun.

Viel zu lange und von zu Vielen wurde dieses Problem heruntergespielt. Damit ist Schluss. Wir stellen uns dieser Herausforderung.

➤ **Modellprojekte und lokale Aktionsbündnisse gegen Rechts**

Das BMVBS führt in fünf ostdeutschen Kommunen Analysen durch und bereitet Kommunikationsprozesse in der Zivilgesellschaft dieser Orte vor. Im Rahmen dieser Lokalanalysen sollen in den ausgewählten Kommunen die Strukturen der Sozialräume (insbesondere des unmittelbaren Wohnumfeldes) erfasst und ausgewertet sowie Einstellungen und mentale Prägungen der Bewohner analysiert werden.

Diese Kommunikationsprozesse sollen dem Ziel der weiteren Stärkung der Zivilgesellschaft dienen. Kooperationsverbände mit bestehenden Initiativen gegen Rechts werden gebildet und konkret unterstützt.

Auch das Programm „Soziale Stadt“ bietet Möglichkeiten für zusätzliche sozial-integrative Maßnahmen, zur Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern in benachteiligten Stadtteilen und zum Aufbau effizienter lokaler Strukturen, um die Wohn- und Lebensbedingungen der Quartiersbewohner insgesamt zu verbessern.

➤ **Programm „Gemeinsam für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“**

Wir fordern außerdem dazu auf, die Programme des Bundes gegen Rechts unvermindert fortzusetzen und wenn nötig noch weiter zu verstärken. Mit dem am 1.01.07 gestarteten Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ will die Bundesregierung die Zivilgesellschaft stärken, Toleranz und Demokratie fördern und die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen unterstützen. Förderschwerpunkte sind die Entwicklung integrierter lokaler Strategien durch lokale Aktionspläne in kommunaler Verantwortung und die Förderung von themenbezogenen Modellprojekten. Insgesamt sollen 90 lokale Aktionspläne mit jeweils 100.000 Euro jährlich gefördert werden, davon 60 in Ostdeutschland. Darüber hinaus ist geplant, bundesweit insgesamt rund 60-80 Modellprojekte zu fördern.

➤ **Programm „Förderung von Beratungsnetzwerken - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“**

In Ergänzung zu obigem Programm wird hier auf die anlassbezogene Intervention gegen Rechtsextremismus gesetzt. Hauptanliegen des Programms: Bei Problemsituationen mit rechtsextremistischem Hintergrund soll den Zuständigen und Betroffenen vor Ort fachkompetente externe Beratungshilfe angeboten werden. Hierfür sollen landesweite Beratungsnetzwerke errichtet werden, aus denen in Krisensituationen anlassbezogen Mobile Interventionsteams gebildet werden, die vor Ort Beratungshilfe leisten. Die Förderung der Beratungsnetzwerke und Mobilen Interventionsteams beginnt in den ostdeutschen Ländern und Berlin und wird schrittweise auf die alten Länder ausgedehnt.

Wir setzen uns für zusätzliche Förderprogramme ein, die eine Unterstützung von Aufklärungs- und Beratungsprogrammen auch unabhängig von den Voten der kommunalen Ebene erlauben.

➤ **Prüfung NPD-Verbotsverfahren**

Die SPD setzt sich seit langem für die Wiederaufnahme eines Verbotsverfahrens gegen die rechtsextremistische NPD ein. Es gibt ausreichend Gründe für ein Verbot dieser Partei. Sie vertritt rassistisches, antisemitisches und antidemokratisches Gedankengut, sie leugnet offen Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Ein Verbot der NPD wäre ein klares Zeichen, dass wir rechtsextremistische Bewegungen zurückweisen und ihr weder organisatorische noch parlamentarische Entfaltungsmöglichkeiten geben.